



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 096-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.190

Eingereicht am: 03.06.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Zuber (Moutier, PSA) (Sprecher/in)
Gullotti (Tramelan, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Beitritt des Grossen Rates zur parlamentarischen Versammlung der Frankophonie

In seiner Bilanz¹ zum Ende seiner Amtszeit ging Grossratspräsident Hervé Gullotti auf die Zweisprachigkeit des Kantons Bern ein. Er erinnerte zu Recht daran, dass die Zweisprachigkeit wichtig sei, genauso sei es aber auch die Frankophonie. Die erste dürfe die zweite auf keinen Fall verdrängen. Weiter betonte er, diese frankophone Dimension müsse sich in den Schulen, in den Institutionen usw. wiederfinden. Ja, die bernische Bevölkerung sei zweisprachig, aber die Deutschsprachigen als Deutschsprachige und die Französischsprachigen als Französischsprachige.

Bei derselben Gelegenheit warnten einige Kommentatoren, dass die Stellung der Französischsprachigen im Kanton Bern in den nächsten Jahren zu Diskussionen führen könne, insbesondere wegen des Wegzugs der Stadt Moutier, die indessen privilegierte und solidarische Beziehungen zu ihren Nachbarn pflegen wolle.

Im Sinne einer besseren Berücksichtigung der frankophonen Dimension der zweisprachigen bernischen Institutionen und als Antwort auf den Appell des Präsidenten des Grossen Rates könnte es angebracht sein, eine Annäherung des Kantons Bern an die Parlamentarische Versammlung der Frankophonie (APF) in einer noch festzulegenden Form in Betracht zu ziehen.

Die APF umfasst mehr als sechzig Parlamente von Staaten oder Gemeinschaften, die die französische Sprache gemeinsam haben. Die APF ist als beratende Versammlung der Frankophonie anerkannt und wirkt bei den Instanzen der Frankophonie mit, indem sie insbesondere Stellungnahmen zu allen Themen abgibt, die den frankophonen Raum betreffen. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, dass Werte wie die repräsentative Demokratie, die auf der Abhaltung freier Wahlen beruht, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte von den Mitglied-

¹ «Journal du Jura» vom 25. Mai 2022

staaten der Frankophonie einhellig anerkannt werden. Die APF ist nicht nur ein Ort der Debatten und Überlegungen, sie führt auch entschlossene Aktionen zur Konsolidierung der Demokratie durch, die sich unter anderem in der Entsendung von Informations- oder Wahlbeobachtungsmissionen und der Durchführung von Programmen zur interparlamentarischen Zusammenarbeit äussern, mit deren Umsetzung sie von den Instanzen der Frankophonie beauftragt wurde. Die APF ist somit sowohl das «Parlament der Parlamente» der Frankophonie als auch ein wichtiger Vektor für die Entwicklung der Demokratie im frankophonen Raum.

Die Kantone Genf, Wallis und Waadt haben alle drei eine Sektion, die ersten beiden mit dem Status einer «assoziierten Sektion», der dritte mit dem einer «Mitgliedssektion». Das jurassische Parlament verfügt seit 1981 über eine «Mitgliedssektion» der APF, die 13 Mitglieder zählt. Die Schweiz hat eine Mitgliedssektion und verfügt über einen Sitz im Internationalen Büro (Exekutive der APF).

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wurde die Frage eines Beitritts des Grossen Rates des Kantons Bern zur APF bereits in einer früheren Legislaturperiode angesprochen? Wenn ja, wie wurde diese Frage weiterverfolgt?
2. Welche Schritte müssten die bernischen Behörden unternehmen, um eine bernische Sektion der APF zu gründen?
3. Wäre der Regierungsrat bzw. die Staatskanzlei bereit, die Deputation beim Aufbau von Beziehungen zur APF zu unterstützen, mit dem Ziel, dass die französischsprachigen Ratsmitglieder über kurz oder lang eine Mitgliedssektion oder eine assoziierte Sektion der APF bilden können, eventuell in Zusammenarbeit mit der jurassischen Sektion?

Verteiler

– Grosser Rat